

Seniorenrat Konstanz

Vorbemerkung

Viele Mitglieder von ALFA wissen aus eigenem Erleben, was es heißt, von der Rente zu leben, nicht mehr kerngesund zu sein, irgendwann das Auto abgeben zu müssen und sich mit der Frage zu beschäftigen, was passiert, wenn ich ein Pflegefall werde.

Wir schauen auf die hohen Milliardenbeträge aus Steuern, die der Staat aufwendet, um zusätzlich zu Sozialversicherungsbeiträgen die Alterseinkommen, die Krankenversorgung und die Pflege zu unterstützen, und wir wünschen uns mehr davon.

Aber wir schauen auch auf unsere erwerbstätigen erwachsenen Kinder, die die Versorgung der Senioren erwirtschaften, und einen wachsenden Anteil ihrer Einkommen dafür abgeben müssen. Sie dürfen wir nicht überfordern.

Und wir schauen auf die Jahr für Jahr rückläufigen Jahrgangsstärken in Kindergärten und Schulen und den wachsenden Anteil von Kindern, deren Eltern aus Ländern ohne naturwissenschaftliche und industrielle Tradition kommen. Wir sind gespannt, wie sie das kulturelle, ökonomische und soziale Erbe unseres Landes weiterführen werden.

In vielen Fachfragen der Sozialpolitik liegen die deutschen Parteien nicht weit auseinander. Das gilt auch für ALFA. Unterschiede werden zunächst dann sichtbar, wenn CDU und SPD Wahlgeschenke verteilen. Die wirklich entscheidenden politischen Differenzen treten jedoch auf, wenn es um die Erhaltung der ökonomischen Grundlagen unseres Sozialstaates geht.

Hier treten wir an gegen ein konzertiertes Zerstörungswerk der Bundes- und Landtagsparteien. Sie stehen seit Jahren für

- Einen unzureichenden Familienlastenausgleich
- Eine ideologiebefrachtete, leistungsschwache Bildungspolitik
- Die Vertreibung wichtiger Forschungsgebiete ins Ausland
- Eine industriezerstörende, nicht zukunftssichere Energiepolitik
- Eine ausufernde Bürokratisierung und Behinderung der unternehmerischen Tätigkeit
- Eine Zuwanderungspolitik, die unser Land nicht stärker, sondern schwächer macht.

Alle Versprechungen der anderen Parteien, sich für mehr Umverteilung zugunsten einer Wählergruppe einzusetzen, sind haltlos, wenn gleichzeitig die ökonomische Basis unterminiert wird.

Nur mit dieser Vorbemerkung bleiben die folgenden Feststellungen richtig eingeordnet:

Pflege

Es werden mehr Steuermittel in die Pflege fließen müssen, aber es wird schwierig sein, zusätzlich die Standards zu verbessern. Das derzeitige, bürokratische Qualitätsmanagement muss jedenfalls wirksamer und schlanker werden. Abwerbung kann man auch durch mehr Ausbildung und höhere Zufriedenheit am Arbeitsplatz begegnen.

Wohnen im Alter

Die aktuelle Zuwanderungspolitik der Kanzlerin und deren Folgen werden die Lage insbesondere in den Ballungsgebieten – nicht nur auf diesem Gebiet – weiter verschlechtern. Daran werden einige zusätzliche Sozialwohnungen und Vorzeigeprojekte zum Wohnen im Alter nichts ändern können.

Rente

Wir wollen, dass es in Deutschland genügend Arbeit gibt, so dass Menschen ausreichende Ansprüche erwerben können, und wir wollen daß grundsätzlich niemand nach einem langen Arbeitsleben zum Sozialamt muss. Die Grundlage dafür schafft nur weiteres Wirtschaftswachstum.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Wir stellen niemanden unter Generalverdacht, aber das "Zuviel" an Unsicherheit in Deutschland resultiert in hohem Maße aus importierter und grenzüberschreitender Kriminalität. Mehr Polizei allein kann eine rationale, an deutschen Interessen orientierte, qualifizierte Einwanderungspolitik nicht ersetzen. Diese fehlt jedoch völlig.

Mobilität

Der Ausbau des ÖPNV und die barrierefreie Modernisierung müssen aus vielen Gründen weiterhin gefördert werden.

"Finanzielle Anreize" zum Umstieg würden wir Subventionen nennen. Diese sehen wir immer skeptisch.

Momentan sprechen die Unfallstatistiken nicht für Fahrtauglichkeitsuntersuchungen für Senioren.

Allgemeines

Viele deutsche Fluggäste aus dem Einzugsbereich betrachten den Flughafen Zürich nicht als ausländischen, sondern als ihren Flughafen. Die Definition von Flugkorridoren sehen wir daher als ein Fachthema wie es dies auch in Frankfurt oder München ist. Dennoch kann politische Intervention erforderlich sein, damit es auch als Fachthema behandelt wird.

Windkraftanlagen verschlingen Subventionen in Milliardenhöhe, können keine sichere Stromversorgung gewährleisten, gefährden die Gesundheit von Mensch und Tier und verschandeln die Landschaft. Windschwache Festlandlagen sind als Standorte vollkommen ungeeignet.